

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

**NRW
SPD**



FOTO: UTA WAGNER

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 1. Januar tritt die neue Gesundheitsreform in Kraft, die Mitte November von der schwarz-gelben Bundestagsmehrheit beschlossen wurde. Durch die Einführung der so genannten „kleinen“ Kopfpauschale kommt es zu mehr Ungerechtigkeit, mehr Bürokratie und weniger Nachhaltigkeit im Gesundheitssystem.

Während heute alle Bürgerinnen und Bürger bis zur Beitragsbemessungsgrenze prozentual gleich belastet werden, gilt künftig: je niedriger die Einkommen, desto höher die Belastung. Es werden alle zusätzlichen Steigerungen der Gesundheitskosten über diese Kopfpauschalen erhoben, für die es keine Obergrenze gibt. Der Beitragssatz wird auf 15,5% angehoben und dann eingefroren.

Der so genannte Sozialausgleich, der finanzielle Überforderung verhindern soll, bedeutet dabei nichts anderes als Almosen.

Er besagt, dass die durchschnittliche kleine Kopfpauschale nicht mehr als 2 Prozent vom Einkommen betragen darf. Liegt sie zum Beispiel bei durchschnittlich 20 Euro, bekommt ein Rentner mit 800 Euro Rente ganze 4 Euro Sozialausgleich, weil er bis 16 Euro zusätzlich belastet werden darf. Ist seine Kasse teurer und nimmt 30 Euro Kopfpauschale, bekommt er trotzdem nur 4 Euro Sozialausgleich. Er wird mit 26 Euro netto belastet, was für einen Rentner mit 800 Euro Rente eine

Renten Kürzung von fast 3 Prozent bedeutet. Bei 1.000 Euro Rente hätte er gar keinen Sozialausgleich bekommen. Für alle Rentner dürfte gelten, dass es in Zukunft quasi keine Rentenerhöhung mehr gibt, weil die im Durchschnitt zu erwartende Steigerung der Kopfpauschalen stärker wirken dürfte als die jeweilige Rentenerhöhung.

Damit werden die Arbeitgeber künftig komplett aus der Mitverantwortung für Kostensteigerungen entlassen werden. Die Versicherten müssen künftig für alle Kostensteigerungen alleine aufkommen. Die Arbeitgeber werden entlastet, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bluten müssen. Dies wird insbesondere Rentner und Gering-

verdiener betreffen, weil für sie die Kopfpauschalen die stärkste Belastung darstellen.

Das ist die endgültige Aufkündigung der paritätischen Finanzierung der Beiträge, die über Jahrzehnte eine Grundlage für Wohlstand und sozialen Frieden in Deutschland war!

Die ganze Ungerechtigkeit wird noch gesteigert durch die neu eingeführte Vorkasse. Sie bedeutet die Einführung eines Dreiklassensystems. Zwar sagt die CDU/FDP-Bundesregierung, die Vorkasse sei freiwillig. Das ist vielleicht theoretisch so, praktisch wird es aber anders laufen. Wir werden erleben, dass diejenigen, die bereit sind, Vorkasse zu leisten, schneller einen Termin bekommen als andere. Dann entscheidet nicht mehr die Dringlichkeit über den Zeitpunkt der Behandlung, sondern die Bereitschaft, im Voraus zu zahlen. Vorkasse klingt nicht so schlecht, aber abgerechnet wird mit dem Arzt zu Sätzen, die die Krankenkassen später nur zu einem Teil (nach Schätzung im Durchschnitt nur 50 Prozent) erstatten werden.

Mit ihrer Gesundheitsreform betreibt Schwarz-Gelb Klientelpolitik zugunsten von Arbeitgebern, Pharmaindustrie und privaten Krankenkassenversicherungen. Das ist nicht die Politik der SPD. Wir stehen für eine solidarische Bürgerversicherung, die eine hochwertige Gesundheitsversorgung und den gleichen Zugang aller zu medizinischen Leistungen sicherstellt. In der Bürgerversicherung werden alle Einkommensarten integriert, also auch sehr große Vermögen mit einbezogen. Wir wollen keine Einheitskasse schaffen, aber gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen einführen.

Wir wollen keine Klassenmedizin, sondern eine Klasse Medizin! Dafür werden wir kämpfen.

Ich wünsche Euch eine schöne Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Eure Hannelore Kraft

HANNELORE KRAFT ALS „POLITIKERIN DES JAHRES“ AUSGEZEICHNET

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende der NRWSPD, ist „Politikerin des Jahres“. Der vorwärts gratuliert ganz herzlich! Am 25. November erhielt Kraft den „Politikaward“, den das Magazin „Politik und Kommunikation“ jedes Jahr vergibt. In der Begründung der Jury heißt es: „Hannelore Kraft hat sich – nach einem engagierten und bürgernahen Wahlkampf – darauf eingelassen, mit ihrer Minderheitsregierung regelmäßig für Mehrheiten werben und Überzeugungsarbeit leisten zu müssen. Sie hat den Mut bewiesen, dem eigentlichen Souverän, dem Parlament, ein Höchstmaß an Einfluss zu überlassen.“

Die nordrhein-westfälische Landeschefin freut sich über die Auszeichnung: „Das ist die Krönung eines anstrengenden Jahres“, so Kraft.

Sie bekomme diesen Preis nur, weil sie eine „phantastische Partei“ im Wahlkampf hinter sich gehabt habe.

Die Zeitschrift Politik und Kommunikation verleiht den Politikaward seit 2003. Zu den Preisträgern der vergangenen Jahre zählten u.a. Karl-Theodor zu Guttenberg, Peer Steinbrück und Ursula von der Leyen sowie zahlreiche weitere Politiker, NGOs, Organisationen, Verbände, Initiativen, Unternehmen und Agenturen. ■

„STADT UND LAND – HAND IN HAND“ HAT WIEDER GELTUNG IN NRW

Von Frank Baranowski, SGK-Landesvorsitzender und Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen

Wer die Kommentare aus der Kommunalpolitik wahrnimmt, spürt die Veränderung durch den Regierungswechsel. Die Kommunen fühlen sich wieder ernst genommen. Die Ministerpräsidentin, Landesregierung und Fraktion sprechen wieder auf gleicher Augenhöhe mit den Kommunen.

Ausdruck findet dieses neue Verhältnis in der erneuten Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbssteuer und der Entlastung vom Sanierungsbeitrag für den Landeshaushalt. Allein diese beiden Maßnahmen summieren sich auf zusammen rund 300 Millionen. Die Reform des Gemeindefinanzrechts, die unsere Stadtwerke wieder handlungsfähiger macht, zusätzliche Investitionsmittel für die U-3-Betreuung, die erhöhte Kostenbeteiligung am Zensusgesetz als Beleg für ehrliche Konnexität und schließlich die Vorbereitung eines „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zur Entlastung der Nothaushaltskommunen sind die ersten Beispiele die belegen: In NRW gilt wieder „Stadt und Land – Hand in Hand“.

Klar ist auch: Allein die Schritte des Landes können die Not der Kommunen nur lindern. Der Anstieg der Kassenkredite auf über 20 Mrd. Euro in NRW macht deutlich: Ohne substanzielle Hilfen des Bundes werden die kommunalen Haushalte nicht gesund, bleibt gute Lebensqualität vielerorts auf der Strecke.

Es spricht leider wenig dafür, dass CDU und FDP im Bund kommunalfreundlicher wären, als sie es in NRW waren. Die Streichung der Mittel für



COPYRIGHT: STADT GELSENKIRCHEN, CATRIN MORITZ

die „soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung zeigt, wie der Bund die Menschen (und die Kommunalpolitik) gerade in den sozialen Brennpunkten allein lässt.

Die Forderungen der Kommunen – unterstützt vom Land – liegen auf der Hand. Immer noch werden die Kommunen

durch die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, die Grundsicherung im Alter und die Kosten der Eingliederung von Behinderten übermäßig belastet.

Die von CDU und FDP diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer löst hingegen kein einziges Problem, sondern schafft nur neue. Ein eigenes Heberecht auf die Einkommensteuer spaltet nicht nur die Solidarität der Kommunen, sondern widerspricht dem sozialstaatlichen Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Einzig die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung – immerhin rund 3,8 Mrd. Euro jährlich – würde einen erkennbaren Beitrag zugunsten der Kommunen darstellen.

Gegenwärtig erscheint die Debatte auf Bundesebene nach altbekannter Arbeitsteilung abzulaufen: Der Bund wird die Steuermehreinnahmen schon durch den Druck der FDP passend zur nächsten Bundestagswahl zur Steuersenkung nutzen – die Kommunen hingegen werden mangels Hilfen aus Berlin „zwangsbe-glückt“ mit einem kommunalen Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer. ■

REGIERUNG KRAFT KLAGT GEGEN VERLÄNGERUNG DER ATOMLAUFZEITEN

Von Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD



COPYRIGHT: JANNIK 500D

Am 28. Oktober 2010 hat die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit den Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen. Die Restlaufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke werden bis zu 14 Jahre verlängert, in Einzelfällen können AKWs sogar noch länger laufen. Profiteure sind allein die vier großen Atomkonzerne: Kanzlerin Angela Merkel und Bundesumweltminister Norbert Röttgen haben mit der Atomgesetznovelle dafür gesorgt, dass RWE, Eon, EnBW und Vattenfall 58 Milliarden Euro Zusatzgewinn kassieren. In geheimen Zu-

satzverhandlungen zum Energiekonzept hat Schwarz-Gelb darüber hinaus die Kosten der Atomkonzerne für eventuelle Nachrüstungen auf 500.000 Euro begrenzt. Alles, was darüber hinausgeht, muss der Steuerzahler zahlen. Damit ist Norbert Röttgen der erste Umweltminister, der die Bevölkerung für ihre eigene Sicherheit selbst zahlen lässt. Anstatt das Gemeinwohl zu schützen, ist Norbert Röttgen vor der Macht der Atomkonzerne eingeknickt. Die Sicherheitsrisiken bleiben bestehen, die Endlager-Frage bleibt ungeklärt.

Die Verlängerung der Laufzeiten geschieht ohne jede Not. Etwa achteinhalb Jahre ist es her, dass die rot-grüne Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hatte. Mit dem damals vereinbarten Atomkonsens gelang es der SPD-geführten Regierung unter Gerhard Schröder, einen gesellschaftlichen Dauer-Konflikt beizulegen. 300.000

qualifizierte, gut bezahlte und zukunftssichere Arbeitsplätze wurden seither bei den erneuerbaren Energien geschaffen. Mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg wird der Marktzugang der erneuerbaren Energien nun auf Jahre hinaus erschwert, die Atomkonzerne können ihre Monopolstellung auf dem Markt noch ausbauen. Außerdem wurde der längst befriedete Konflikt wieder aufgebrochen: Zehntausende demonstrierten Mitte November nicht nur gegen den Castor-Transport, sondern vor allem gegen die Atompolitik von Kanzlerin Angela Merkel und Bundesumweltminister Norbert Röttgen, die die Sorgen und den Willen der Bürgerinnen und Bürger ignorieren.

Die rot-grüne NRW-Landesregierung hat nun beschlossen, gemeinsam mit anderen SPD-geführten Bundesländern Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einzureichen. „Weil die Bundesregierung im Bundesrat keine Mehrheit für ihren Atomkurs hat, hat sie den Bundesrat bei der Verlängerung der Atomlaufzeiten gezielt umgangen“, erklärt Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen. „Deshalb werden wir Karlsruhe einschalten.“

Mit der Klage möchten Hannelore Kraft und die anderen SPD-Länderchefs erreichen, dass das Gesetz zur Verlängerung der Laufzeiten doch noch im Bundesrat zustimmungspflichtig wird. Denn dann könnten die SPD-geführten Länder die unsinnige Atom-Politik von CDU und FDP verhindern. ■

GUTE ARBEIT FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

Von Guntram Schneider, NRW-Minister für Arbeit, Integration und Soziales

Gute Arbeit für NRW – diesem Ziel hat sich die Landesregierung verpflichtet. Als Minister für Arbeit, Integration und Soziales liegt es mir besonders am Herzen, für sichere, gesunde und angemessen bezahlte Beschäftigung zu sorgen. Deshalb mache ich mich für einen gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene und für die Regulierung der Zeitarbeit stark. Prekäre Beschäftigungen dürfen sich nicht weiter ausweiten. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss auch in der Zeitarbeit gelten.

In Nordrhein-Westfalen will ich die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt verbessern. Dazu gehören gute Aus- und Weiterbildung, eine regionalisierte Arbeitsmarktpolitik und spezielle Programme zur Förderung bisher benachteiligter Menschen. Hier denke ich besonders an Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Denn wir können auf kein Talent verzichten, wenn wir wirtschaftliche Entwicklung fördern und sozialen Wohlstand schaffen wollen. Allen Jugendlichen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, ist ein Kernanliegen der rot-grünen Landesregierung. Deshalb strebt die Landesregierung eine Ausbildungsgarantie an. Mein Eindruck ist, die Gespräche im Rahmen des



Ausbildungskonsenses NRW sind auf einem guten Weg.

Unsere Gesellschaft muss gestärkt werden. Sie darf weder in Arm oder Reich noch in Deutsche oder Migranten auseinanderfallen. Das setzt eine aktive Integrationspolitik voraus, die sich auf verlässliche Strukturen vor Ort in den Kommunen stützen kann. Niemand darf ausgeschlossen werden. Das sind schöne Worte, aber wir lassen

diesen auch Taten folgen. Denn Integration braucht Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Die Landesregierung beabsichtigt, im nächsten Jahr ein Integrationsgesetz vorzulegen, das einen klaren rechtlichen Rahmen für die Integration von Eingewanderten im Lande und in den Kommunen setzt. Leitziel des Gesetzes wird es sein, die Potenziale von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien viel gezielter zu fördern als in der Vergangenheit. ■

Jetzt den Newsletter der NRWSPD abonnieren

Jeden Dienstag verschickt die NRWSPD per E-Mail einen kostenlosen Newsletter. Mit der „Dienstagspost“ erhalten die Genossinnen und Genossen ganz aktuell wichtige Informationen und Terminhinweise rund um die Sozialdemokratie in NRW.

Wenn auch Du die Dienstagspost abonnieren möchtest, melde Dich online an unter:

www.nrwspd.de/dienstagspost

ANDREAS MEYER-LAUBER NEUER VORSITZENDER DES DGB-NRW

Andreas Meyer-Lauber ist neuer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DBG) in Nordrhein-Westfalen. Der 58-jährige Hagener tritt die Nachfolge von Guntram Schneider an, der seit Juli Arbeitsminister im Kabinett von Hannelore Kraft ist. Wie sein Vorgänger ist Andreas Meyer-Lauber Sozialdemokrat. Zuvor war Meyer-Lauber sechs Jahre Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). In Nordrhein-Westfalen hat der DGB 1,5 Millionen Mitglieder.



Der vorwärts gratuliert Andreas Meyer-Lauber zu seinem neuen Amt und wünscht ihm viel Erfolg und alles Gute! ■



Die NRW Jusos beim Besuch des Jugendparlaments in Ramallah.

DELEGATION DER NRW JUSOS REISTE IN DEN NAHEN OSTEN

Eine fünfzehnköpfige Delegation der NRW Jusos hat im Rahmen des Trilateralen Seminars „Der israelisch-palästinensische Konflikt in Geschichte und Gegenwart“ vom 28.9.–8.10.2010 Israel und Palästina besucht. Organisiert wurde das Seminar vom Willy Brandt Center Jerusalem (WBC), das die Ideen des zivilen Friedensdienstes mit sozialdemokratischen Werten verbindet. Die NRW Jusos bekamen vor Ort die Gelegenheit, sowohl palästinensische als auch israelische Jugendliche kennenzulernen und den Nahost-Konflikt von beiden Seiten sehr konkret zu beleuchten.

„Wir haben auf dieser Reise unglaublich spannende und interessante Menschen kennengelernt“, berichtet Susanne Garn, Jugendbildungsreferentin der NRW Jusos. „Neben hochkarätigen GesprächspartnerInnen und vielen Fachinformationen hat mich am allermeisten beeindruckt, dass es auf beiden Seiten Menschen gibt, die trotz aller Gewalt für Empathie und Dialog werben, weil dies der einzige Weg zum Frieden ist.“ ■

„VERSÖHNEN STATT SPALTEN“

Vor 25 Jahren wurde das Motto in Ahlen geboren

Kaum jemand wird so selbstverständlich mit einem Motto identifiziert wie Johannes Rau: „Versöhnen statt spalten“ lautete die zentrale Botschaft des Kanzlerkandidaten 1987, die gleichzeitig zum Markenzeichen seines weiteren Lebens wurde. Entstanden ist es vor 25 Jahren, am 16. Dezember 1985, als sich die gesamte Führung der SPD, angereist im Sonderzug D-2577, im westfälischen Ahlen traf. Die (damalige) Bergbaustadt hatten die Sozialdemokraten auch deshalb ausgewählt, weil hier 1947 die CDU ihr soziales und antikapitalistisches „Ahlener Programm“ beschlossen hatte.

Auch wenn „jede Zeit ihre eigenen Antworten verlangt“ (Willy Brandt) ist Raus Motto gleichwohl prägend für viele Mitglieder der SPD geworden, denen es ebenso wie Johannes Rau darum geht, dass der Anspruch an Politik sei, „das Leben jeden Tag ein Stückchen gerechter und menschlicher“ zu machen.



Wohl auch deshalb verknüpfte er sein Politikverständnis vom „Versöhnen statt spalten“ mit der Forderung aus dem Prinzip Hoffnung (Ernst Bloch): „Wir sind ins Gelingen verliebt und nicht ins Scheitern.“ ■



DIE NRWSPD GRATULIERT IM DEZEMBER...

... ZUM GEBURTSTAG

99 Jahre: Anna Helmreich

98 Jahre: Willi Ameler
Herma Gottschalk
Kurt Pöstgens

97 Jahre: Minna Donzelmann
Gertrude Neubauer
Hans Rudersdorf

96 Jahre: Walter Freyth
Friedrich Fritsch
Hans Gesenberg
Hans Gondzik
Thomas Grochowiak
Luise Scholz

95 Jahre: Else Böhringer
Marie Bonnemann
Hedwig Rösch
Wilhelm Schäfer
Erna Schulten
Adele Stecher

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

65 Jahre: Anna Blume
Ilse Dreischer
Rudolf Gehrman
Elfriede Klein
Stanislaus Maziak
Heinz Niemeier
Hermann Straet

60 Jahre: Benno Achtermann
Helmut Bänker
Helmut Greife
Elisabeth Kabermann
Wilhelm Klamer
Ernst Lepper
Hildegard Lepper
Gisela Schulz
Grete Simon
Wennemar Wurm

55 Jahre: Jürgen Bergert
Wilfried Blome
Klaus Brandt
Heinz König
Peter Meinhardt
Inge Menn
Harald Rogall
Annemie Schmitz
Heinz Steinberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

REDAKTION:

Julia Stöcklein, Saskia Reinbeck

EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET: www.nrwspd.de